

Gesellschaft funktioniert nicht ohne Solidarität

Solidarität hat viele Facetten. So handeln Menschen beispielsweise aus Eigeninteresse oder auch aus Zwang solidarisch. Der Artikel bietet einen Orientierungsversuch in einem unübersichtlichen Begriffsdschungel.

Gerhard Kruij

EINE INITIATIVE der Solidarität¹ hat der Deutsche Caritasverband (DCV) für die Jahre 2012 bis 2014 ausgerufen. Doch was ist Solidarität eigentlich?²

In der Literatur gibt es verschiedene Vorschläge, unterschiedliche Begriffe von Solidarität zu ordnen. Ich schlage ein zweidimensionales Schema vor, das sich in fünf Solidaritätsformen und in fünf Solidaritätsgruppen unterteilt, so dass sich eine 25-Felder-Matrix ergibt (siehe Tabelle S. 20).

Die fünf verschiedenen Solidaritätsformen umfassen Solidarität aus natürlicher Verbundenheit (meist in kleinen Gruppen Verwandter), Solidarität aus Eigeninteresse (im Sinne eines Gebens und Nehmens), aus Fairness, aus Zwang sowie Solidarität aus Opferbereitschaft.

Solidarität aus Fairness liegt zwar eigentlich im Interesse aller, man kann sich ihr aber schadlos entziehen und eine „Trittbrettfahrerposition“ einnehmen, also vom positiven Effekt ohne eigenes Dazutun profitieren (etwa bei der Bereitstellung öffentlicher Güter). Dann braucht es die Bereitschaft zur Fairness, um tatsächlich den eigenen Beitrag zu leisten. Solidarität aus Zwang wird meist dann institutionalisiert, wenn die Fairness offensichtlich nicht ausreicht, damit alle tatsächlich ihren Beitrag leisten. Ein solcher Zwang ist heu-

te in der Regel Ergebnis demokratisch beschlossener Gesetze, weswegen der Begriff „Zwang“ vielleicht nicht wirklich passend ist. Solidarität aus Opferbereitschaft bezieht sich auf solidarisches Handeln, das weder mit Eigeninteressen verbunden ist noch als ein Gebot der Fairness angesehen werden kann.

Verschiedene Gruppen der Solidarität

Die fünf unterschiedlich großen Solidaritätsgruppen umfassen den sozialen Nahbereich, vor allem die Familie, den Bereich zivilgesellschaftlicher Organisationen, den Nationalstaat, überstaatliche Zusammenschlüsse wie beispielsweise die Europäische Union und die Weltgesellschaft.

In der Familie gibt es vor allem Solidarität aus natürlicher Verbundenheit. Hier ist das Adjektiv „natürlich“ teilweise sogar wörtlich zu nehmen. Denn die Evolutionsgeschichte des Menschen hat offenbar prosoziale Einstellungen zugunsten naher Verwandter hervorgebracht. Aber auch Solidarität aus Eigeninteresse gibt es in Familien, wenn etwa Kinder ihre Eltern unterstützen, um eine Enterbung zu vermeiden. Bei solchen Tauschverhältnissen in kleineren Gruppen nach dem Reziprozitätsprinzip kommt es nicht darauf an, dass es sich wirklich immer um einen Äquivalententausch handelt oder der Tausch zeitnah ist. Auch kann der Transfer im Sinne eines sozialen Tausches mehrere Stationen durchlaufen, solange nur alle den

Familie, Generationen, Migranten – diese und viele weitere Berührungspunkte von Solidarität halten die Gesellschaft zusammen.

Eindruck haben, insgesamt davon zu profitieren. Je größer die Gruppen und je unübersichtlicher die Tauschverhältnisse, umso mehr muss Fairness als moralische Ressource in Anspruch genommen werden, damit Solidarität noch funktioniert. Der Übergang von Solidarität aus Eigeninteresse und Solidarität aus Fairness ist also oft fließend. Kommen Formen von Sozialkontrolle hinzu, kann man schon einen Übergang zur Zwangssolidarität beobachten.

Auch in der Familie gibt es Solidarität aus Zwang

Sicher kommt auch in der Familie Solidarität aus Opferbereitschaft vor. Aber auch Zwangssolidarität gibt es dort, wenn etwa durch Gesetze geregelt ist, inwieweit Eltern ihre Kinder bis zum Abschluss einer Ausbildung finanzieren müssen oder Kinder für die Eltern aufkommen, wenn Rente und Pflegeversicherung nicht reichen.

Heute kommt jedoch die Solidarität im sozialen Nahraum offenbar unter Druck, sei es, weil Familien über weniger Ressourcen verfügen, sei es, weil soziale Kontrolle in Familien an Bedeutung verliert. Wegen

der wachsenden Freiheiten der Individuen nimmt innerfamiliäre Solidarität deshalb mehr und mehr den Charakter einer Solidarität aus Eigeninteresse, aus Fairness oder sogar aus Opferbereitschaft an – oder muss teilweise in staatlich geregelte Zwangssolidarität überführt werden.

Im Bereich zivilgesellschaftlichen Engagements spielen Solidarität aus Eigeninteresse, aus Fairness und aus Opferbereitschaft die größte Rolle. Doch ist es oft schwierig, sie in Reinform festzustellen. Denn selbst, wenn sich Menschen solidarisch für die Interessen anderer einsetzen, kann dies durchaus auch mit Selbstverwirklichung und der Freude an dadurch gewonnenen Freunden zu tun haben. Das solidarische Handeln verliert durch die so beteiligten Eigeninteressen nicht an Wert.

Solidarität als Tauschgeschäft

Bei einer Solidarität aus Eigeninteresse muss der erwartete Nutzen vom eigenen solidarischen Handeln direkt abhängen. Ein Beispiel sind freiwillige Versicherungen. Solidarität ist hier eigentlich nichts anderes als ein Tauschgeschäft zu beider-

seitigem Nutzen unter Berücksichtigung von Risiken.

Oft ist der Nutzen nicht vom eigenen Beitrag abhängig, so etwa bei einer demokratischen Wahl. Ihr Nutzen kommt für die Einzelnen auch zustande, wenn sie nicht zur Wahl gehen, sofern noch genügend andere dies tun. Deshalb ist die Versuchung groß, sich den Gang zur Wahlurne zu sparen. Wenn aber alle so handeln würden, könnte von demokratischen Wahlen nicht mehr gesprochen werden. Man muss hier wirklich moralisch, das heißt durch Fairness, motiviert sein, um trotzdem solidarisch zu sein.

Um die „Trittbrettfahrer“-Position unattraktiv zu machen, gibt es oft nur den Weg, sie mit zusätzlichen Kosten oder Sanktionen zu belasten. So erklärt es sich, dass im Laufe der Geschichte viele freiwillige oder selbst organisierte Leistungen in staatliche Leistungen umgewandelt wurden, aus der Solidarität aus Fairness oder aus Opferbereitschaft also eine Zwangssolidarität gemacht wurde.

Tatsächlich kann oft nur durch Zwangssolidarität sichergestellt werden, dass die Leistungen wirklich erbracht und ihre Kos-

Abb. 1: Verschiedene Solidaritäten mit konkreten Einzelbeispielen

Verschiedene Solidaritäten mit konkreten Einzelbeispielen	Natürliche Solidarität	Solidarität aus Eigeninteresse	Solidarität aus Fairness	Zwangssolidarität	Solidarität aus Opferbereitschaft
Nahbereich, Familie	Elterliche Fürsorge	Sorge für Eltern aus Interesse am Erbe	Gerechte Aufteilung der Hausarbeit	Gesetzliche Unterhaltspflichten	Uneigennütziges Pflege eines Nachbarn
Zivilgesellschaft/ Bürgergesellschaft		Private Versicherungen, Genossenschaften	Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft		Spenden für caritative Organisationen
Nationalstaat			Beteiligung an Wahlen	Gesetzliche Sozialversicherungen	
Europäische Union		Etablierung eines gemeinsamen Marktes mit gemeinsamer Währung		Unterstützungszahlungen gegen verbindliche Gegenleistungen	Caritative Unterstützung von Armen in anderen europäischen Ländern
Welt		Politisches Handeln aus (gemeinsamen) geostrategischen Interessen	Selbstverpflichtungen der Staaten für den Klimaschutz	Bindende internationale Verträge mit Sanktionsmöglichkeiten	Organisationen wie „Ärzte ohne Grenzen“

ten fair verteilt werden, zum Beispiel über ein einigermaßen gerechtes Steuersystem. Die aktuelle Finanz- und Staatsschuldenkrise in Europa macht uns schmerzlich bewusst, wie eng auch hier Solidaritätsbereitschaft und klare Regeln über reziproke Pflichten miteinander verknüpft sind. Auch auf europäischer Ebene wird man nicht allein auf Eigeninteressen und Fairness oder gar Opferbereitschaft bauen können, sondern über strenge Regeln Zwangssolidaritäten schaffen müssen. Von solchen Lösungen sind wir auf der Ebene der Weltgesellschaft noch weiter entfernt. Deshalb spielt im Weltmaßstab zwischen den Staaten Solidarität aus Eigeninteresse die wichtigste Rolle, was leider oft nur unzureichende Ergebnisse bringt. Jeder Staat will lieber Nutznießer sein, als in Vorleistung zu gehen.

Solidarität aus natürlicher Verbundenheit ist auf Konventionen und Wertvorstellungen angewiesen, die unter Modernisierungsprozessen an Bedeutung verlieren

können. Nachwachsende Generationen müssen in diese Verhältnisse hineinwachsen. Wer Solidarität in der Familie erfahren hat, wird eher bereit sein, auch selbst solidarisch zu handeln. Umso wichtiger ist es, diese kleinen Gruppen in ihren Solidaritätspotenzialen zu stärken, anstatt die Familien, wie in unserem Land, immer noch strukturell zu benachteiligen.

Auch eigene Interessen dienen der Gemeinschaft

Solidarität aus Eigeninteresse ist voraussetzungsreicher, als es zunächst scheint. Denn die Beteiligten müssen überhaupt erkennen, dass bestimmte Formen von Solidarität in ihrem eigenen Interesse liegen. Sie müssen andere Akteure finden, die ihre Interessen teilen, was Kompromissbereitschaft voraussetzt. Immer dann, wenn es um Güter geht, von deren Nutzung auch jene nicht ausgeschlossen werden können, die zu ihrer Bereitstellung nichts beigetragen haben, muss auch die Solidarität aus

Eigeninteresse auf Moral oder eben auf Zwang zurückgreifen, wenn sie nicht langfristig erodieren soll. Aber die Einführung von Zwangssolidarität hat auch gravierende Nachteile: Die Beteiligten, die sich dann in ihrem Handeln prioritär auf die Umgehung von Zwang ausrichten, werden Vermeidungsstrategien entwickeln, was Kontrollkosten verursacht. Sie werden in anderen Bereichen freiwillige Solidarität unterlassen mit der Begründung, dass ihre Ressourcen bereits durch Zwangssolidarität aufgebraucht seien. Es kann passieren, dass nach einer gewissen Zeit, wenn die Gründe für die Einführung des Zwangs vergessen sind, deren Legitimität in Frage gestellt wird und die Bereitschaft abnimmt, einem solchen Zwang zu folgen.

Zwangssolidarität dient auch dem eigenen Interesse

Durch Bildungsprozesse und ökonomische Aufklärung muss darauf hingearbeitet werden, dass die Mitglieder einer Gesell-

schaft einsehen, warum es ihrem Eigeninteresse entspricht, sich bestimmten Formen von Zwangssolidarität zu unterwerfen. Es ist klar, welche Vorteile es hat, wenn es Fairnessnormen für Solidarität gibt, an die sich die Menschen auch halten. Da dies aber nicht immer gelingt, ist vielfach Zwangssolidarität unvermeidbar. Um diese durchzusetzen, braucht es freilich meist Menschen, die sich dafür mit moralischer Motivation einsetzen. Nachhaltig akzeptierte Zwangssolidarität setzt aber mindestens fünf Dinge voraus: eine möglichst umfassende Kontrolle ihrer Einhaltung, eine Fairness in der Verteilung ihrer Lasten, Effektivität und Effizienz in der Verwendung der Mittel, demokratische Verfahren zu ihrer Festlegung und das dauerhafte Bewusstsein, dass es richtig ist, bestimmte Formen von Solidarität über Zwangssolidarität zu organisieren.

Solidarität aus Opferbereitschaft ist immer freiwillig

Solidarität aus Opferbereitschaft lässt sich nach allgemeinem Moralverständnis nicht erzwingen, sie bleibt freiwillig. Sie wird deshalb nicht dauernd und kontinuierlich vorkommen, obwohl es eine überraschend hohe Bereitschaft dazu gibt, etwa im Falle von Naturkatastrophen, auch in weit entfernten Teilen der Erde.

Was aber motiviert Opferbereitschaft? Solidarität aus Opferbereitschaft braucht mehr als die rationale Kalkulation eigener Interessen, auch mehr als die Bereitschaft zur Fairness. Sie geht über die Forderung nach Gerechtigkeit hinaus. In der Sprache der katholischen Soziallehre geht es in ihr um „soziale Liebe“. Vermutlich werden religiöse Menschen, die eine dichte Vorstellung vom Sinn ihres Lebens haben, dazu stärker motiviert sein als andere. Sie werden aus der Übereinstimmung ihres Handelns mit ihren eigenen ethischen Überzeugungen eine gewisse Befriedigung gewinnen, zumindest die, gut und richtig gehandelt zu haben, vielleicht auch, dafür eine Belohnung im Himmel zu erhalten. Sofort wird sichtbar, wie schmal der Grat ist, der vollkommenen Altruismus von bestimmten Motiven und Interessen trennt, die eben immer auch eigene Motive und eigene Interessen sind.

Offenbar kommt es für die Humanität einer Gesellschaft darauf an, die verschiedenen Solidaritäten optimal zu kombinieren. Ein großer Teil wird sich auf Eigeninteresse aufbauen lassen. Auch Solidarität durch Eigeninteresse hat ihren Wert und sollte nicht durch überzogenes Moralisieren kleingeredet werden. In weiten Bereichen wird auch heute noch Solidarität aus Fairness funktionieren. Darüber hinaus

braucht es aber auch Solidarität aus Zwang, sonst bleiben zu viele Schwächere ausgeschlossen, und es können nicht alle notwendigen öffentlichen Güter erzeugt und die Kosten für sie gerecht verteilt werden. Weil aber nicht alles, was zu einer menschlichen Gesellschaft gehört, auf der Basis von Zwangsmaßnahmen organisiert werden kann, müssen auch die Potenziale für eine Solidarität aus Opferbereitschaft und aus Fairness gefördert und gepflegt werden.

Anmerkungen

1. *Siehe neue caritas Heft 12/2012, S. 22 ff. sowie neue caritas Heft 20/2011, S. 32–37.*
2. *Der Artikel geht zurück auf einen Vortrag anlässlich des Symposions zu Ehren von Professor Georg Cremer, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, am 27. März 2012 in Freiburg. Vgl. auch BAYERITZ, Kurt (Hrsg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt am Main, 1998; darin insbesondere Baumann, Michael: Solidarität als soziale Norm und als Norm der Verfassung. In: ebd., S. 345–388*

Prof. Dr. Gerhard Kruij

Christliche Anthropologie und Sozialethik,
Katholisch-Theologische Fakultät der
Universität Mainz
E-Mail: kruij@uni-mainz.de